



Deutsche**Notar**Akademie

TESTAMENT



Grundkurs Notarprüfung

Erbrecht I

Ehegattenerbrecht, Annahme und Ausschlagung, Erbengemeinschaft, Grundlagen Pflichtteils-, Erbenhaftungs- und Vermächtnisrecht

Deutsche**Anwalt**Akademie GmbH
Littenstraße 11 • 10179 Berlin
Fon +49 30 726153-0
daa@anwaltakademie.de
www.anwaltakademie.de

Inhaltsverzeichnis

Literatur	1
A. Die Grundlagen des Familien- und Verwandten-Erbrechts	3
B. Rechtssubjekte als Träger vererblicher Rechte	4
I. Natürliche Personen als Rechtssubjekte	4
1. Erzeugte, aber noch nicht Geborene	4
2. Noch nicht Gezeugte	4
II. Die gesetzliche Verwandtenerbfolge	4
1. Das Ordnungssystem	4
2. Verwandte.....	5
3. Erben der ersten Ordnung	6
4. Erben der zweiten Ordnung	6
5. Erben der dritten Ordnung	6
III. Die Bedeutung der Abstammung.....	6
1. Blutsverwandtschaft.....	7
a. Die gesetzliche Definition der Verwandtschaft	7
b. Begriff des Abkömmlings.....	7
c. Nichteheliche Kinder	7
(1) Die Mutterschaft	7
(2) Die Vaterschaft.....	8
aa) Keine Unterscheidung zwischen ehelicher und nichtehelicher Vaterschaft.....	8
bb) Definition der Vaterschaft	9
cc) Erbrechtliche Wirkungen.....	9
IV. Adoptivkinder.....	9
1. Voraussetzungen einer Adoption	9
2. Adoptionsrecht bis 31.12.1976.....	10
3. Adoptionsrecht seit 01.01.1977.....	10
C. Das Ehegattenerbrecht	14
I. Wirksamkeit der Eheschließung	14
II. Die Höhe des Ehegattenerbteils hängt von den (mit)erbberechtigten Verwandten und dem ehelichen Güterstand ab.....	15
1. Die Verwandtenerbfolge beeinflusst das Ehegattenerbrecht	15
2. Der eheliche Güterstand	15
3. Die Zugewinnngemeinschaft als gesetzlicher Güterstand des BGB	16
a. Allgemeines.....	16
b. Die Systematik der Regelung des § 1371 BGB.....	16
(1) Pauschale Erhöhung des Ehegattenerbteils (§ 1371 Abs. 1 BGB)	16
(2) Enterbung des überlebenden Ehegatten (§ 1371 Abs. 2 BGB).....	16

(3)	Erhöhter Erbteil des überlebenden Ehegatten mit Wahlrecht durch Ausschlagung (§ 1371 Abs. 3 BGB).....	16
c.	Die modifizierte Zugewinnngemeinschaft.....	17
d.	Die Elemente der modifizierten Zugewinnngemeinschaft im Überblick.....	17
4.	Höhe des Ehegattenerbteils.....	18
a.	Das gesetzliche Ehegattenerbrecht neben Kindern und anderen Verwandten der ersten Ordnung	18
b.	Bei der Zugewinnngemeinschaft erhöht sich der Erbteil des überlebenden Ehegatten.....	18
c.	Bei der Gütertrennung kommt es für die Höhe des Erbteils auf die Zahl der miterbenden Kinder an.....	19
d.	Erbteil des Überlebenden bei Gütergemeinschaft.....	20
5.	Der deutsch-französische Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	20
a.	Überblick über die Neuregelung.....	21
(1)	Fast alle können den neuen Güterstand wählen	21
aa)	Das Güterrecht in Deutschland und in Frankreich.....	22
bb)	Die wesentlichen Unterschiede der gesetzlichen Güterstände.....	23
b.	Neue Möglichkeiten in der Rechtsgestaltung	23
(1)	Vermeidung kollisionsrechtlicher Unsicherheiten	23
(2)	Einflussnahme auf das gesetzliche Erb- und Pflichtteilsrecht	23
(3)	Vergleich zwischen deutscher Zugewinnngemeinschaft und Wahl-Zugewinnngemeinschaft	24
c.	Zwischenergebnis	24
III.	EU-Güterrechtsverordnungen vom 24.06.2016 – anzuwenden seit dem 29.01.2019.....	25
1.	Geltungsbereich.....	25
2.	Mitgliedstaaten.....	25
3.	Begriffsbestimmungen	26
4.	Reichweite	27
5.	Wechsel vom Staatsangehörigkeitsprinzip zum Aufenthaltsprinzip	27
6.	Kein Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts bei einer geschäftsunfähigen Person – OLG München, Beschl. vom 22.03.2017.....	28
7.	Praxis-Hinweis	29
8.	Praxis-Problem	29
9.	Parteiautonomie für Eheleute und registrierte Lebenspartner	29
a.	Güterrechtliche Rechtswahl nach neuem Recht	29
b.	Güterrechtliche Rechtswahl nach altem (deutschem) Recht.....	31
10.	Öffentliche Urkunden	31
11.	Wesentlicher Inhalt der Verordnungen	32
12.	Literatur.....	32
IV.	Der Voraus – § 1932 BGB	33
1.	Die Beeinflussung des Erbaseinandersetzungsguthabens durch den Voraus.....	33
2.	Der Voraus als pflichtteilsresistente Nachlassverbindlichkeit	33
V.	Einzelheiten zum Güterrecht.....	34
1.	Zugewinnausgleichsforderung	34

2.	Zugewinnausgleich und Pflichtteil	34
3.	Unterschiedliche Bezugsgrößen für Zugewinnausgleich und Pflichtteil	35
4.	Die Gütertrennung	36
5.	Zugewinnpauschale – güterrechtlich oder erbrechtlich	36
6.	Ausländischer Güterstand	36
a.	Gesetzlicher Güterstand	36
b.	Vertraglicher ausländischer Güterstand	37
7.	Für die Rechtsberatung und Rechtsgestaltung: Welches ist der günstigste Güterstand unter erbrechtlichen Gesichtspunkten?	37
8.	Die verschiedenen Vermögensmassen bei der Gütergemeinschaft des BGB	38
a.	Gemeinschaftliches Vermögen – Gesamtgut	38
b.	Sondervermögen eines Ehegatten	38
c.	Was gehört bei bestehender Gütergemeinschaft zum Nachlass?	38
d.	Zwei Gesamthandsgemeinschaften: die beendete Gütergemeinschaft und die Erbengemeinschaft	39
D.	Exkurs: IPR-Erbrecht	40
I.	Die Grundregel des deutschen Kollisionsrechts: Grundsatz der Nachlassseinheit	40
II.	Die EU-Erbrechtsverordnung (EU-ErbVO)	40
III.	Ausweichregelung bei Verbindung zu einem anderen Staat	44
IV.	Rechtswahl	45
1.	Erweiterte Rechtswahlmöglichkeiten	45
2.	Voraussetzungen der Rechtswahl	47
V.	Gesetz zum internationalen Erbrecht und zur Änderung der Vorschriften zum Erbschein sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften – Internationales Erbrechtsverfahrensgesetz (IntErbRVG) vom 29.06.2015	48
1.	Die Anpassung innerstaatlicher Regeln an die EU-ErbVO – Übergangsregelung	48
2.	Die wichtigsten Neuregelungen im Testaments- und Erbvertragsrecht	48
3.	Die internationale Zuständigkeit bei einer Rechtswahl	49
4.	Zuständigkeit des Nachlassgerichts; kein Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts bei einer geschäftsunfähigen Person – OLG München, Beschl. v. 22.03.2017	52
5.	Problem gemeinschaftliches Testament	52
a.	Verbot des gemeinschaftlichen Testaments in einzelnen Rechtsordnungen	52
b.	Lösungsansätze für das seit 17.08.2015 geltende Recht	52
c.	Fehlende Kollisionsregel für gemeinschaftliche Testamente in der EU-ErbVO	53
(1)	Einseitige Verfügungen im gemeinschaftlichen Testament	53
(2)	Wechselbezügliche Verfügungen im gemeinschaftlichen Testament	54
d.	Risiken beim gemeinschaftlichen Testament	55
6.	Praktische Anwendung der EU-ErbVO auf Testamente und Erbverträge	55
a.	Testamentsgestaltung – Wirksamkeitsvoraussetzungen	55
b.	Fallgruppen zur praktischen Handhabung mit Formulierungsvorschlägen	56
(1)	Deutscher Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland	56
(2)	Deutscher Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland	57

(3)	Ausländischer Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland	58
(4)	Ausländischer Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland, aber Vermögen in Deutschland	59
c.	Erbvertragsgestaltung – Wirksamkeitsvoraussetzungen und Bindungswirkung	59
d.	Gemeinschaftliche Testamente	60
e.	Fallgruppen zur praktischen Handhabung	60
(1)	Zwei deutsche Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland	60
(2)	Ein deutscher und ein ausländischer Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland	61
(3)	Zwei Deutsche bzw. ein deutscher und ein ausländischer Staatsangehöriger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland	62
(4)	Zwei ausländische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland	62
E.	Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	66
I.	Einführung	66
II.	Die Annahme der Erbschaft	66
1.	Die Annahmeerklärung	66
a.	Allgemeine Voraussetzungen	66
b.	Form	67
c.	Erklärungsempfänger	67
2.	Die schlüssige Erbschaftsannahme	67
3.	Annahme durch Fristablauf	67
4.	Beweislast	68
III.	Die Ausschlagung der Erbschaft	68
1.	Adressat: Nachlassgericht	68
a.	Sachliche Zuständigkeit	68
b.	Örtliche Zuständigkeit	68
c.	Internationale Zuständigkeit	69
2.	Form	69
a.	Notarielle Beglaubigung bzw. nachlassgerichtliche Niederschrift	69
b.	Formulierungsbeispiel	69
3.	Frist	69
a.	Fristbeginn	70
b.	Kenntnis vom Berufungsgrund	70
c.	Unwirksames Testament	71
d.	Fristbeginn für den Nacherben	71
(1)	Allgemeines	71
(2)	Kenntnis des Nacherben vom Inhalt des Testaments und Fristbeginn – OLG München, Beschluss vom 02.12.2010	71
4.	Familien- bzw. betreuungsgerichtliche Genehmigung	71
a.	Allgemeines	72
b.	Bestellung eines Ergänzungspflegers für das Genehmigungsverfahren	72
c.	Maßgebende Interessen für die Erteilung der Genehmigung	73
d.	Versagung der Genehmigung wegen Sittenwidrigkeit der Ausschlagung	73
e.	Keine Sittenwidrigkeit des Pflichtteilsverzichts eines behinderten Sozialleistungsbeziehers – BGH, Urteil vom 19.01.2011	74

5.	Güterrecht	75
6.	Wirkung der Ausschlagung	75
a.	Fingierte Rückwirkung des Erbschaftsanfalls	75
b.	Aufhebung einer wechselbezüglichen Verfügung nach Ausschlagung durch den überlebenden Ehegatten	75
7.	Beendigung der Vor- und Nacherbschaft bei Ausschlagung des Nacherben	76
IV.	Gemeinsames für Annahme und Ausschlagung	76
V.	Bedeutung des Berufungsgrundes bei Annahme und Ausschlagung	77
1.	Kenntnis des Berufungsgrundes	77
2.	Irrtum über den Berufungsgrund	77
3.	Mehrere Berufungsgründe	77
VI.	Die Anfechtung von Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	78
1.	Die Anfechtung der Annahme der Erbschaft	78
2.	Irrtum über Tatbestandsvoraussetzungen des § 2306 Abs. 1 u. § 2318 Abs. 3 BGB rechtfertigt Anfechtung der Annahme der Erbschaft	78
a.	Irrige Nichtausschlagung der beschwerten Erbschaft – Variante 1	78
b.	Irrige Nichtausschlagung der beschwerten Erbschaft – Variante 2	79
3.	Vermächtnis- und Pflichtteilslast des Ersatzerben	80
4.	Anfechtung der Ausschlagung – Irrtum über die Rechtsfolgen der Ausschlagung rechtfertigt nicht deren Anfechtung	81
5.	Weitere Anfechtungsgründe	82
a.	Irrtum über die Formbedürftigkeit der Ausschlagungserklärung	82
b.	Erklärungs- und Inhaltsirrtum gem. § 119 Abs. 1 BGB	82
c.	Überschuldung des Nachlasses als Eigenschaftsirrtum i.S.v. § 119 II BGB	82
d.	Formulierungsbeispiel für die Anfechtung der Erbschaftsannahme	83
e.	Genehmigungsbedürftigkeit der Anfechtung der Annahme der Erbschaft	83
f.	Zuständiges Nachlassgericht für die Anfechtungserklärung	83
6.	Folgen der Anfechtung der Annahme	83
7.	Anfechtungsfrist	83
8.	Fristen für die Anfechtung der Anfechtungserklärung der Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft sowie der Versäumung der Ausschlagungsfrist – BGH, Beschl. v. 10.06.2015	84
F.	Die Erbengemeinschaft	85
I.	Vermögensübergang – Gesamthandsgemeinschaft	85
1.	Der Vonselbsterwerb	85
2.	Der Übergang des Besitzes	85
3.	Nichtrechtsfähigkeit der Erbengemeinschaft	85
II.	Die Verwaltung des Nachlasses	86
1.	Grundsatz	86
2.	Begriff	87
3.	Die drei verschiedenen Maßnahmen des Verwaltungshandelns	87
a.	Maßnahmen der ordnungsmäßigen Verwaltung	88

(1)	Begriff.....	88
(2)	Mehrheitsbeschluss.....	88
(3)	Anspruch auf Zustimmung	89
(4)	Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten als ordnungsgemäße Verwaltung	90
(5)	Entstehen einer Nachlasserbenschuld	91
b.	Maßnahmen der außerordentlichen Verwaltung	91
(1)	Einstimmigkeitserfordernis	91
(2)	Haftungsfolgen	91
c.	Maßnahmen der Notverwaltung	92
(1)	Begriff.....	92
(2)	Alleinhandlungsrecht jedes Miterben.....	92
(3)	Haftungsfolgen	93
d.	Veräußerung von Nachlassgrundstücken	93
(1)	BGH-Rechtsprechung	93
(2)	Die Veräußerung eines Grundstücks kann nach den Umständen des Einzelfalls auch dann eine Maßnahme ordnungsgemäßer Verwaltung sein, wenn es der einzige werthaltige Bestandteil des Nachlasses ist – OLG Koblenz, Urteil (VU) vom 22.07.2010	94
III.	Forderungen im Nachlass – Prozessstandschaft gem. § 2039 BGB	96
1.	Grundsatz und Ausnahme	96
2.	Befugnisse des einzelnen Miterben	98
a.	Außergerichtlich	98
b.	Prozessführungsbefugnis.....	98
c.	Prozessrecht	98
d.	Unzulässigkeit der Klage gem. § 2039 BGB?	99
IV.	Verfügung über Nachlassgegenstände	100
1.	Grundsatz	100
2.	Begriff	100
3.	Gesetzliches Vertretungsrecht.....	100
4.	Die Aufrechnung mit einer Nachlassforderung als Verfügungshandlung.....	101
5.	Das Vorausvermächtnis.....	101
6.	Kündigung eines Darlehens mit Mehrheitsbeschluss als Maßnahme ordnungsgemäßer Verwaltung – OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 29.07.2011.....	102
7.	Kündigung eines Girovertrages bzw. eines Vertrages über ein Sparkonto mit Mehrheitsbeschluss als Maßnahme ordnungsgemäßer Verwaltung – OLG Brandenburg, Urteil vom 24.08.2011.....	102
V.	Der Surrogationserwerb	103
1.	Allgemeines	103
2.	Zweck der dinglichen Surrogation: Werterhaltung der Sachgesamtheit Nachlass.....	103
3.	Die drei Surrogationsarten des § 2041 BGB.....	103
a.	Die Rechtssurrogation.....	104
b.	Die Ersatzsurrogation.....	104
c.	Die Beziehungssurrogation	104
(1)	Erwerb mit Nachlassmitteln.....	104
(2)	Erwerb mit nachlassfremden Mitteln	105
(3)	Ersatz im Innenverhältnis	105
4.	Die Rechtswirkungen der dinglichen Surrogation	105

a.	Grundsatz: Erwerb kraft Gesetzes	105
b.	Ausnahme	105
5.	Direkterwerb – kein Durchgangserwerb	105
6.	Kettensurrogation.....	106
7.	Gerichtliche Geltendmachung der dinglichen Surrogation	107
8.	Abgrenzung zur schuldrechtlichen Surrogation	107
9.	Weitere Fälle der Surrogation im Erbrecht.....	107
a.	Die Surrogation beim Vorerben	107
b.	Die Surrogation beim Erbschaftsbesitzer	107
(1)	Allgemeines.....	107
(2)	Gerichtliche Geltendmachung	108
10.	Versteigerungserlös	108
VI.	Die transmortale und postmortale Vollmacht	108
1.	Zweck.....	108
2.	Befugnisse des Bevollmächtigten	108
3.	Grenzen der Vollmacht	109
a.	Jederzeitiges Widerrufsrecht jedes Miterben	109
b.	Transmortale Vollmacht für den Alleinerben des Vollmachtgebers	110
c.	Interessenwahrung bei Vollmachtsausübung.....	110
d.	Vollmacht für freiheitsbeschränkende Maßnahmen	111
4.	Postmortale Vollmacht und Testamentsvollstreckung.....	111
5.	Transmortale Vollmacht und Grundstücksrecht	111
6.	OLG München: Vorsorgevollmacht ohne ausdrückliche transmortale Geltung erlischt mit dem Tod des Vollmachtgebers	112
VII.	Der Anspruch auf Erbauseinandersetzung – Ausgangssituation.....	112
1.	Die verschiedenen Möglichkeiten der Erbauseinandersetzung	112
2.	Der gesetzliche Auseinandersetzungsanspruch	113
a.	Jederzeit fälliges Auseinandersetzungsverlangen	113
b.	Vollzug des klagestattgebenden Urteils	115
c.	Inhalt des kausalen Rechtsverhältnisses	115
(1)	Die Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten	115
aa)	Die vom Gesetz festgelegte Reihenfolge.....	115
bb)	Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten als Maßnahme der ordnungsmäßigen Verwaltung des Nachlasses.....	116
(2)	Die Teilbarkeit des Restnachlasses	117
aa)	Erster Grundsatz: Teilung in Natur	117
bb)	Zweiter Grundsatz: der Zwangsverkauf	118
3.	Begriffe: Nachlassauseinandersetzung – Erbteilung.....	118
4.	Die Anspruchsberechtigten	119
a.	Miterben als Anspruchsberechtigte	119
b.	Weitere Anspruchsberechtigte	119
5.	Ausgleichung lebzeitiger Zuwendungen mit Berechnungsbeispielen	120
a.	Der Kreis der ausgleichungspflichtigen Miterben	120
(1)	Abkömmlinge als Ausgleichungspflichtige.....	120
(2)	Berliner Testament und ausgleichungspflichtige Vorempfänge.....	120
(3)	Ausgleichungspflicht bei Wegfall eines Abkömmlings	121

b.	Die der Ausgleichungspflicht unterliegenden Vorempfänge.....	121
(1)	Die gesetzliche Regelung.....	121
(2)	Begriff der Ausstattung.....	122
(3)	Die Ausstattung als Ergänzung des Kindesunterhalts.....	122
(4)	Abgrenzung Ausstattung – Schenkung.....	123
(5)	Die rechtlichen Eigenschaften der Ausstattung.....	123
(6)	Übermaß an Berufsausbildungskosten.....	124
(7)	Begriff der Schenkung.....	124
aa)	Gemischte Schenkung.....	124
bb)	Berücksichtigung eines vorbehaltenen Nießbrauchs.....	125
(8)	Geldzuwendung von Eltern ist im Zweifel Ausstattung an das eigene Kind (§§ 1374, 1624 I BGB).....	126
(9)	Übertragung „im Wege der vorweggenommenen Erbfolge“.....	126
(10)	Die Gewährung freien Wohnraums als Ausstattung bzw. pflichtteilsergänzungsrelevante Schenkung?.....	127
c.	Die Berechnung der Ausgleichung.....	127
d.	Maßgebender Wert.....	128
e.	Keine Rückgabe des Mehrempfangs (§ 2056 BGB).....	128
f.	Berechnungsbeispiele.....	129
g.	Auskunftsanspruch wegen ausgleichungspflichtiger Vorempfänge.....	130
(1)	Gläubiger des Auskunftsanspruchs.....	130
(2)	Schuldner des Auskunftsanspruchs.....	130
(3)	Inhalt des Auskunftsanspruchs.....	131
(4)	Wertangaben.....	131
(5)	Verjährung.....	132
h.	Keine Verjährung der Ausgleichungspflicht.....	132
6.	Weitere Einzelheiten zum Ausgleichungsrecht.....	132
a.	Nachträgliche Vereinbarung bzw. Anordnung der Ausgleichungspflicht.....	132
b.	Gesamtschuldnerische Erbenhaftung bei bestehenden Ausgleichungspflichten.....	133
7.	Leistungen für den Erblasser.....	133
a.	Ausgleichungspflicht von Leistungen für den Erblasser.....	133
b.	Berechnungsbeispiel.....	134
8.	Kombination ausgleichungspflichtiger Vorempfang und ausgleichungspflichtige Leistung.....	135
G.	Grundzüge des Pflichtteilsrechts.....	138
I.	Allgemeines.....	138
II.	Der Kreis der pflichtteilsberechtigten Personen.....	138
1.	Abkömmlinge.....	139
a.	„Der Nähere schließt den Entfernteren aus“.....	139
b.	Vom Pflichtteilsrecht ausgeschlossene Abkömmlinge.....	139
2.	Überlebender Ehegatte.....	139
3.	Eltern.....	139
4.	Eingetragene Lebenspartner.....	139
III.	Ausschluss von der Erbfolge.....	140
IV.	Das Pflichtteilsrecht der Abkömmlinge im Besonderen.....	140
1.	Der Nähere schließt den Entfernteren aus.....	140

2.	Der Entferntere hat trotz des Vorhandenseins eines Näheren ein Pflichtteilsrecht, falls er ebenfalls ausgeschlossen oder übergangen (enterbt) ist.....	140
3.	Pflichtteilsrecht des entfernteren Abkömmlings bei Enterbung des Näheren einschließlich Pflichtteilsentziehung – BGH, Urteil vom 13.04.2011	141
4.	Pflichtteilsrecht des entfernteren Abkömmlings – Begriff des „Hinterlassenen“ – BGH, Urteil vom 27.06.2012	142
V.	Die Sicherung des Pflichtteils	143
1.	Der Pflichtteilsrestanspruch des Erben („Zusatzpflichtteil“).....	143
2.	Beschränkungen und Beschwerden des Pflichtteilsberechtigten.....	144
3.	Vermächtnis- und Pflichtteilslast des Ersatzerben	146
VI.	Die Berechnung des Pflichtteils	147
1.	Der maßgebliche gesetzliche Erbteil.....	147
2.	Zusammentreffen eines Ehegatten mit Abkömmlingen.....	148
3.	Besonderheiten des Ehegattenpflichtteils	148
a.	Güterstandsabhängigkeit der Pflichtteilsquote	148
b.	Ehegattenpflichtteil bei Zugewinnngemeinschaft	148
(1)	Pauschale Quotenerhöhung.....	148
(2)	Wahlrecht des überlebenden Ehegatten	148
4.	Bestand und Wert des Nachlasses	149
a.	Allgemeines.....	149
b.	Stichtagsprinzip	149
c.	Nachlassbestand.....	149
d.	Bewertung von nach dem Erbfall veräußerten Nachlassgegenständen; Darlegungs- und Beweislast – BGH, Beschluss vom 25.11.2010	150
e.	Nachlassverbindlichkeiten	151
VII.	Anrechnung lebzeitiger Zuwendungen auf den Pflichtteilsanspruch.....	151
1.	Art der anrechnungspflichtigen Zuwendungen.....	151
2.	Bestimmung der Anrechnungspflicht	152
3.	Stillschweigende Anrechnungsbestimmung.....	152
4.	Nachträgliche Bestimmung der Anrechnungspflicht.....	153
5.	Anrechnung lebzeitiger Zuwendungen auf den Pflichtteil beim Berliner Testament – OLG Koblenz, Beschluss vom 14.06.2010	153
VIII.	Ausgleichung lebzeitiger Zuwendungen im Rahmen der Pflichtteilsberechnung	154
1.	Die „Fortsetzung“ des Ausgleichsrechts im Pflichtteilsrecht.....	154
2.	Kumulation von Ausgleichung und Anrechnung	156
3.	Zuwendung „im Wege vorweggenommener Erbfolge“	157
a.	BGH, Urteil vom 27.01.2010	157
b.	OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 06.04.2010	157
4.	Rechtsgestaltung: Die maximale Reduzierung des Pflichtteils wird mit der reinen Anrechnung auf den Pflichtteil erreicht	157
5.	Berechnungsbeispiele.....	157
a.	Die Anrechnung im Pflichtteilsrecht.....	157
b.	Die Ausgleichung im Pflichtteilsrecht	159

c.	Kumulation von Ausgleichung und Anrechnung im Pflichtteilsrecht.....	160
d.	Ausschließlich Anrechnung auf den Pflichtteil im Fall c).....	160
IX.	Pflichtteilergänzungsrecht	161
1.	Zehn-Jahres-Frist.....	161
2.	Abschmelzung des Schenkungswerts.....	162
3.	Die Lebensversicherung – Änderung der Rechtsprechung – BGH-Urteil vom 28.04.2010.....	162
4.	Abfindung für Erb- und Pflichtteilsverzicht.....	163
H.	Grundzüge des Erbenhaftungsrechts	164
I.	Haftungsbeschränkungsmaßnahmen.....	164
1.	Haftungssituation.....	164
2.	Die Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten im Überblick.....	165
3.	Die zwei förmlichen Nachlassverfahren.....	166
II.	Die Abwehr von Nachlassgläubigern in das Eigenvermögen des Erben (Prozessrecht).....	166
1.	Erfordernis des Haftungsbeschränkungsvorbehalts nach § 780 ZPO.....	166
2.	Entbehrlichkeit des Haftungsbeschränkungsvorbehalts.....	166
I.	Grundzüge des Vermächtnisrechts	168
I.	Überblick über das Vermächtnisrecht.....	168
1.	Begriff.....	168
2.	Anordnung des Vermächtnisses.....	168
3.	Die Auslegungsregel des § 2087 Abs. 2 BGB.....	168
4.	Gegenstand des Vermächtnisses.....	170
5.	Arten des Vermächtnisses.....	171
II.	Der schuldrechtliche Vermächtnisanspruch.....	171
1.	Subsidiäre Geltung des Schuldrechts.....	171
2.	Vermächtnisschuldner.....	172
3.	Anfall und Fälligkeit.....	172
4.	Unmögliches oder ungesetzliches Vermächtnis.....	172
III.	Der Schuldner des Vermächtnisses.....	173
IV.	Der Wegfall des Vermächtnisbeschwerten.....	174
V.	Der Ersatzvermächtnisnehmer.....	174
VI.	Testamentsvollstreckung zur Erfüllung des Vermächtnisses.....	175
1.	Allgemeines.....	175
2.	Formulierungsbeispiel.....	175
VII.	Abgabe der dinglichen Einigungserklärung durch den Erblasser in der Verfügung von Todes wegen.....	175

1.	Sicherung der Vermächtniserfüllung	175
2.	Formulierungsbeispiel	175
VIII.	Bevollmächtigung des Vermächtnisnehmers zur Erfüllung des Vermächtnisses	176
1.	Vollmacht in der Testamentsurkunde.....	176
2.	Formulierungsbeispiel	176
IX.	Erfüllung des Vermächtnisses zu Lebzeiten des Erblassers	177
X.	Vindikationslegat ausländischen Rechts	177
J.	Fälle	179
	Fall 1 (Güterstand und Erbrecht 1. Ordnung)	179
	Fall 2 (Überschuldeter Nachlass – Anfechtung der Erbschaftsannahme)	180
	Fall 3 (Zugewinnngemeinschaft – Enterbung Ehefrau und Sohn)	181
	Fall 4 (Güterstand und Erbrecht 2. Ordnung)	182
	Fall 5 (Ausgleichung in der Erbteilung, lebzeitiger Vorempfang)	183
	Fall 6 (Testamentarisch zurückgesetzter Sohn)	184
	Fall 7 (Ausgleichung in der Erbteilung, lebzeitige Leistung)	185
	Fall 8 (Kombination ausgleichungspflichtiger Vorempfang und ausgleichungspflichtige Leistung).....	186
	Fall 9 (Anrechnung lebzeitigen Vorempfangs auf Pflichtteil)	187
	Fall 10 (Ausgleichung lebzeitigen Vorempfangs beim Pflichtteil)	188
	Fall 11 (Ausgleichung und Anrechnung auf Pflichtteil)	189
	Fall 12 (Pflichtteilsergänzung)	190
	Fall 13 (Erbauseinandersetzung bei geringfügigem Nachlass)	191
K.	Lösungen	193
	Lösung zu Fall 1 (Güterstand und Erbrecht 1. Ordnung).....	193
1.	Der Erbteil des überlebenden Ehegatten nach den Regeln des BGB.....	193
2.	Gesetzliches Ehegattenerbrecht bei Gütertrennung	194
3.	Gesetzliches Ehegattenerbrecht bei Gütergemeinschaft	194
4.	Die verschiedenen Vermögensmassen bei der Gütergemeinschaft des BGB	195
a.	Gemeinschaftliches Vermögen – Gesamtgut	195
b.	Sondervermögen eines Ehegatten	195
c.	Was gehört bei der Gütergemeinschaft zum Nachlass?	195
d.	Zwei Gesamthandsgemeinschaften: die beendete Gütergemeinschaft und die Erbengemeinschaft	195
5.	Der deutsch-französische Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	196
6.	Zwischenergebnis	196
7.	Gesetzliches Ehegattenerbrecht bei ausländischem Güterstand.....	196
8.	Gesetzliches Ehegattenerbrecht und ausländische Gütertrennung	197

Lösung zu Fall 2 (Überschuldeter Nachlass – Anfechtung der Erbschaftsannahme)	197
Lösung zu Fall 3 (Zugewinnngemeinschaft – Enterbung Ehefrau und Sohn)	198
Lösung zu Fall 4 (Güterstand und Erbrecht 2. Ordnung)	200
Lösung zu Fall 5 (Ausgleichung in der Erbteilung, lebzeitiger Vorempfang)	201
Lösung zu Fall 6 (Testamentarisch zurückgesetzter Sohn)	202
Lösung zu Fall 7 (Ausgleichung in der Erbteilung, lebzeitige Leistung)	203
Lösung zu Fall 8 (Kombination ausgleichungspflichtiger Vorempfang und ausgleichungspflichtige Leistung)	203
Lösung zu Fall 9 (Anrechnung lebzeitigen Vorempfangs auf Pflichtteil)	205
Lösung zu Fall 10 (Ausgleichung lebzeitigen Vorempfangs beim Pflichtteil)	205
Lösung zu Fall 11 (Ausgleichung und Anrechnung auf Pflichtteil)	207
Lösung zu Fall 12 (Pflichtteilsergänzung)	208
Lösung zu Fall 13 (Erbauseinandersetzung bei geringfügigem Nachlass)	208